



EUROPÄISCHE ZENTRALBANK

PRESSEKONFERENZ

DONNERSTAG, 12. SEPTEMBER 2002

EINLEITENDE BEMERKUNGEN

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Vizepräsident der EZB und ich möchten Sie über die Ergebnisse der heutigen Sitzung des EZB-Rats informieren, an der auch der Präsident der Eurogruppe, Herr Christodoulakis, sowie Kommissar Solbes teilgenommen haben.

In der heutigen Sitzung hat der EZB-Rat seine umfassende Analyse der monetären, finanziellen und wirtschaftlichen Entwicklungen fortgesetzt und neue Daten beurteilt, die in den vergangenen Wochen verfügbar geworden sind. Wir sind zu dem Ergebnis gekommen, dass die Risiken für die Preisstabilität weitgehend ausgeglichen zu sein scheinen. Vor diesem Hintergrund ist das aktuelle Niveau der Leitzinsen der Europäischen Zentralbank angemessen.

Was die Analyse im Rahmen der ersten Säule unserer geldpolitischen Strategie betrifft, so belief sich der Dreimonatsdurchschnitt der Jahreswachstumsraten von M3 im Zeitraum von Mai bis Juli 2002 auf 7,3 %, verglichen mit 7,4 % in der Zeit von April bis Juni. Es gibt also keine Anzeichen für eine deutliche Abschwächung des Geldmengenwachstums in den vergangenen Monaten. Das in jüngster Vergangenheit zu verzeichnende starke M3-Wachstum ist teilweise auf die niedrigen Opportunitätskosten der Geldhaltung sowie auf erneute Portfolioumschichtungen in M3-Komponenten vor dem Hintergrund hoher Finanzmarktunsicherheit zurückzuführen. In einem solchen Umfeld muss die monetäre Entwicklung mit Vorsicht beurteilt werden. Langfristig gesehen besteht die Sorge, dass mehr Liquidität im Euroraum vorhanden ist, als zur Finanzierung eines nachhaltigen inflationsfreien Wachstums benötigt wird. Allerdings ist das Risiko, dass ein Liquiditätsüberschuss einen Inflationsdruck zur Folge haben könnte, aufgrund der gedämpften Nachfrage derzeit gering. Auch der Trend beim Wachstum der Kredite an den privaten Sektor scheint in diese Richtung zu deuten.

Was die zweite Säule betrifft, so bestätigen die jüngsten Daten eine leichte Erholung des realen BIP-Wachstums im Euroraum im ersten Halbjahr 2002. Für das zweite Quartal wird ein reales Wachstum des BIP von 0,3 % gegenüber dem Vorquartal geschätzt, nach einem nach oben korrigierten Wachstum von 0,4 % im ersten Quartal. Im Gegensatz zum ersten Quartal schien die Nachfrageentwicklung auf einer breiteren Basis stattzufinden, da die Konjunktur durch den privaten Verbrauch, das Ausfuhrwachstum und die Lagerhaltung unterstützt wurde. Insgesamt jedoch war das Wachstum der Binnennachfrage infolge der anhaltenden Investitionsschwäche nach wie vor verhalten.

Für die Zukunft ist das wahrscheinlichste Szenario das eines anhaltenden, wenn auch mäßigen Wachstums des realen BIP im zweiten Halbjahr und Wachstumsraten, die sich im Einklang mit dem Potenzialwachstum im kommenden Jahr befinden. Angesichts der in den letzten Monaten zurückgenommenen Erwartungen hinsichtlich der Dynamik der wirtschaftlichen Erholung entspricht diese Verzögerung des Konjunkturaufschwungs im Eurogebiet insgesamt den weltwirtschaftlichen Aussichten. Die scharfen Kurseinbrüche an den Aktienmärkten belasten das Vertrauen der Verbraucher und der Investoren. Deshalb hat die Ungewissheit in Bezug auf die Stärke der konjunkturellen Belebung sowohl innerhalb als auch außerhalb des Euroraums zugenommen. Die Voraussetzungen für eine kräftigere Konjunkturerholung im Eurogebiet sind indes nach wie vor gegeben. Binnenwirtschaftlich dürfte der private Konsum insbesondere von der geringeren Teuerung und einer Verbesserung des realen verfügbaren Einkommens profitieren, während die niedrigen nominalen und realen Marktzinsen die Investitionen stützen dürften. Außerdem wird mit einer Fortsetzung der allmählichen Erholung der Weltwirtschaft gerechnet. Gleichwohl müssen die konjunkturellen Risiken innerhalb und außerhalb des Euro-Währungsgebiets genau beobachtet werden.

Wendet man sich der Preisentwicklung zu, so betrug die jährliche Teuerungsrate gemessen am HVPI im Juli 1,9 %, während die Teuerungsrate ohne unverarbeitete Nahrungsmittel und Energie leicht auf 2,5 % sank und damit zum ersten Mal in diesem Jahr einen Rückgang aufwies. Die Vorausschätzung von Eurostat für August, die einen Anstieg der jährlichen Teuerung nach dem HVPI auf 2,1 % signalisiert, entspricht voll und ganz früheren Erwartungen, wonach die Inflationsraten im restlichen Jahresverlauf um die Marke von rund 2 % schwanken würden. Die kurzfristige Entwicklung hängt allerdings auch von der Entwicklung der Ölpreise ab, die in den vergangenen Monaten deutlich gestiegen sind.

Was die weitere Zukunft betrifft, sollten die jüngste Aufwertung des Euro wie auch das gesamtwirtschaftliche Umfeld zu einem gedämpfteren Verbraucherpreisanstieg beitragen. Darüber

hinaus wird nach den im laufenden Jahr verzeichneten besonders kräftigen Steigerungsraten bei den Dienstleistungspreisen wieder mit einer leicht rückläufigen Teuerung in diesem Sektor gerechnet. Damit die Inflationsraten im kommenden Jahr – wie zurzeit überwiegend prognostiziert wird – auf unter 2 % sinken, kommt es allerdings entscheidend darauf an, dass die Ölpreise nicht in die Höhe schnellen und weiterhin Lohnzurückhaltung geübt wird. Beim nominalen Lohnzuwachs haben wir in den letzten Jahren bereits einen Aufwärtstrend festgestellt, der sich auch während der konjunkturellen Abschwungphase fortsetzte. Zwar deuten die jüngsten Lohnindikatoren nicht auf eine weitere Beschleunigung hin, doch gibt die Lohnentwicklung trotz der schwachen Konjunktur nach wie vor Anlass zur Sorge.

Wir bedauern zutiefst den erheblichen Verlust an Menschenleben aufgrund der Flutkatastrophe, von der vor allem drei Mitgliedstaaten betroffen waren. Insgesamt sollten sich die Überschwemmungen nur begrenzt und vorübergehend auf die Gesamtwirtschaft auswirken. Neben den Überschwemmungen könnte auch die schlechte Witterung in anderen Ländern des Euroraums dazu beitragen, dass einige Lebensmittelpreise zeitweise ansteigen. Während sich das reale BIP-Wachstum zunächst etwas verlangsamen könnte, dürfte es durch den Wiederaufbau im Anschluss wieder angekurbelt werden.

Insgesamt dürften die gedämpfte Gesamtnachfrage und die Stärke des Euro zu einem Nachlassen des Preisauftriebs beitragen. Gleichzeitig könnten andere Faktoren - insbesondere die Geldmengenentwicklung, aber auch die Lohndynamik und die Ölpreisentwicklung - mittelfristig Risiken für die Preisstabilität bergen und müssen daher genau im Auge behalten werden.

Was die Finanzpolitik im Euro-Währungsgebiet angeht, werden die durch die Flutkatastrophe verursachten Kosten wohl zu einer Neufestlegung der Prioritäten und einer Ausgabenumschichtung führen. Ferner erscheint es angesichts der jüngsten Entwicklung in besonderem Maße geboten, die Mitgliedstaaten zur weiteren Einhaltung ihrer Verpflichtungen aus dem Stabilitäts- und Wachstumspakt aufzufordern. Länder mit einer soliden Haushaltslage sollten diese aufrechterhalten, und Länder mit noch verbleibenden Ungleichgewichten müssen Defizite von über 3 % des BIP vermeiden und entschlossene Maßnahmen ergreifen, damit sie annähernd ausgeglichene oder einen Überschuss aufweisende Haushaltspositionen erzielen können. Dies ist erforderlich, damit das Vertrauen in das politische Rahmenwerk des Eurogebiets gewahrt und weiter gestärkt werden kann und damit alle Länder Haushaltspositionen erreichen können, die das effiziente Wirken der automatischen Stabilisatoren gestatten, ohne dabei auf längere Sicht die Solidität der öffentlichen Haushalte zu gefährden.

Was die Strukturreformen betrifft, fordern wir die Regierungen der Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets auch weiterhin zu einer entschlossenen Umsetzung der Agenda der „Grundzüge der Wirtschaftspolitik“ auf. Strukturreformen werden dazu beitragen, das Potenzial des Euro-Währungsgebiets für inflationsfreies Wachstum auszuweiten und die hohe Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Zugleich werden sie zur Förderung des Vertrauens von Verbrauchern und Anlegern in langfristige Wachstums- und Beschäftigungsperspektiven im Euroraum beitragen, was sich wiederum positiv auf das kurz- und mittelfristige Ausgabe- und Anlageverhalten auswirken wird. Ein solches Vertrauen stützt sich auf eine entschlossene und breit fundierte Umsetzung der Reformagenda, vor allem im Hinblick auf die Arbeits- und Gütermärkte.

Wir sind nun gerne bereit, Ihre Fragen zu beantworten.

Europäische Zentralbank
Abteilung Presse und Information
Kaiserstraße 29, D-60311 Frankfurt am Main
Tel.: +49 (69) 13 44-7455 • Fax: +49 (69) 1344-7404
Internet: <http://www.ecb.int>
Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.